

- die modernste Spitzentechnologie im Verkehrsbereich anschieben,
- die Vernetzung der Verkehrsträger optimieren,
- modernste Bahntechnik wie z. B. Magnetschwebetechnik fördern.

Die Bahnreform muss konsequent fortgesetzt werden. Unser Ziel ist es, das wachsende Aufkommen von Güterverkehr, das Deutschland aufgrund seiner Mittellage in Europa künftig zu bewältigen hat, vermehrt von der Straße auf die Schiene zu lenken. Dazu werden wir auch die Mittel für den kombinierten Verkehr verdoppeln. Für den Schienenverkehr wollen wir faire Wettbewerbsbedingungen auch zu anderen Verkehrsträgern gewährleisten.

Über 26 Mio. Menschen nutzen täglich den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Wir fördern den ÖPNV deshalb mit hohen Beträgen. Gerade in Großstädten und Ballungsgebieten ist Mobilität ohne ÖPNV undenkbar. Um noch mehr Menschen zum Umstieg auf Bus und Bahn zu bewegen, ist eine weitere Qualitätssteigerung des ÖPNV-Angebots notwendig.

Wir wollen sicherstellen, dass der ÖPNV auch künftig bezahlbar bleibt. Deswegen werden wir für eine dauerhaft verlässliche Förderung durch den Bund sorgen.

Wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Mobilität ist der Einsatz moderner Antriebstechnik und die Entwicklung neuer Kraftstoffe. Mit der Wirtschaft sind wir überzeugt, dass Wasserstoff der Kraftstoff mit dem größten Zukunftspotential ist. Wir wollen daher den Aufbau von Wasserstoff-Tankstellen finanziell fördern und die Produktion entsprechender Fahrzeuge unterstützen.

• *Gesunde Umwelt*

Wir bekennen uns zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nachhaltig ist eine Entwicklung, wenn sie die Interessen künftiger Generationen berücksichtigt.

Die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist Grundlage unserer Politik. Alle Fachpolitiken stehen dabei in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten. Unsere Vi-

sion ist eine Steigerung der Effizienz beim Einsatz von Energie und Rohstoffen um den „Faktor 4“ mittelfristig zu realisieren, d.h. wir wollen Güter und Dienstleistungen mit nur noch einem Viertel des heute benötigten Rohstoff- und Energieeinsatzes produzieren. Die parallele Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Umwelt ist ökonomisch wie ökologisch sinnvoll. Ökologie und Nachhaltigkeit sind Langfrist-Ökonomie.

Um diesen Prozess parlamentarisch zu begleiten, wollen wir die Arbeitsstruktur des Bundestages weiterentwickeln und einen „Zukunftsausschuss 2010“ einrichten.

Der Schutz des Klimas ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Unser Land ist dabei weltweit Vorreiter bei der Verringerung der schädlichen Kohlendioxid-Emissionen. Effektiver Klimaschutz braucht langfristige, berechenbare und verbindliche Ziele. Wir werden das Nationale Klimaschutzprogramm umsetzen, um die CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 % zu senken.

Ein wichtiger Meilenstein für eine weltweite wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung ist der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Herbst 2002. Wir wollen, dass Deutschland bei der Umsetzung der Leitlinien für eine global nachhaltige Entwicklung eine führende Rolle übernimmt. Die Globalisierung der Wirtschaft muss im Einklang stehen mit den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung. Deshalb werden wir für entsprechende Initiativen in der laufenden Welthandelsrunde und für weitere Anstrengungen zur Stärkung der Umweltorganisationen der Vereinten Nationen eintreten. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist national und international ein wichtiges Anliegen. Deshalb wollen wir den Naturschutz weiter stärken.

Vermeiden – verwerten – beseitigen: Das ist die Hierarchie einer modernen Stoffwirtschaft. Durch klare ökologische Standards, eindeutig abgestimmte Zuständigkeiten, und transparente Kontrollmöglichkeiten verbessern wir sowohl die Planungs- wie die Investitionssicherheit für private wie für öffentliche Unternehmen. Eine leistungsfähige Stoffwirtschaft braucht neben dem

Ordnungsrecht auch ökonomische Instrumente. Deshalb werden wir die Verpackungsverordnung reformieren. Wettbewerbsfähige Lösungen zur Umsetzung der Produzentenverantwortung durch die Wirtschaft sind zuzulassen und zu fördern.

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel und keine Handelsware wie jede andere.

Wir lehnen die Liberalisierung der Wasserversorgung ab. Daher werden wir die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wasserwirtschaft und den Schutz des Grundwassers verbessern. Mit Ländern, Kommunen, Unternehmen und Verbänden entwickeln wir eine Strategie zur Modernisierung der Wasserwirtschaft im internationalen Wettbewerb entwickeln.

• *Moderne Landwirtschaft*

Mit der Einrichtung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft haben wir einen politischen Neuanfang in der Verbraucher- und Landwirtschaftspolitik gemacht. Die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz wurden gebündelt, die Kontrolle verbessert und Verbraucherschutz als eigenständige politische Aufgabe etabliert.

Wir wollen eine Neuausrichtung auf eine verbraucherorientierte, tierschutzgerechte, umweltgerechte und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Wir wollen diese große Gemeinschaftsanstrengung in den nächsten 10 Jahren bewältigen.

Die europäische Landwirtschaftspolitik muss nach 3 Jahrzehnten schwerpunktmäßiger Produktionsorientierung an die veränderten Bedingungen und die veränderten Verbraucherbedürfnisse angepasst werden. Die Herausforderung der EU-Osterweiterung und die bevorstehenden WTO-Verhandlungen machen ebenfalls eine Neuordnung der EU-Agrarpolitik erforderlich. Hier wird es entscheidend sein, klare Regelungen für ein hohes Niveau im gesundheitlichen Verbraucherschutz sowie im Umwelt- und Tierschutz gemeinschaftsweit festzuschreiben. Dies sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Land- und Ernährungswirtschaft und gewährleistet den Verbraucherschutz auf hohem einheitlichem Niveau. Der Ein-

satz von Steuermitteln zur Entwicklung einer nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft muss nach unseren Vorstellungen daher neu geordnet werden.

Wir werden in Deutschland ab 2003 von der Möglichkeit Gebrauch machen, in begrenztem Umfang produktbezogene Ausgleichszahlungen zurückzuführen und diese Mittel für Programme der ländlichen Entwicklung bereitzustellen.

Die Landwirte sind nicht nur Produzenten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Sie haben auch eine zentrale Aufgabe bei der Gestaltung des ländlichen Raumes. Diese Leistungen für die Allgemeinheit wie der Erhalt von Natur, der Kulturlandschaften für den Gewässer-, Boden- und Klimaschutz müssen angemessen bezahlt werden. Besondere Anstrengungen werden wir auch dort unternehmen, wo landwirtschaftliche Betriebe die von ihnen erzeugten Produkte regional verarbeiten und vermarkten. Sie müssen zusätzliche Einkommensquellen erschließen können. Hier spielt auch der Agrartourismus eine wesentliche Rolle.

Bezüglich der speziellen Probleme in den neuen Bundesländern werden wir die Altschuldenproblematik angehen. Sie gehört zu den letzten gravierenden Problemen der deutschen Wiedervereinigung im Agrarbereich. Wir wollen daher Möglichkeiten eröffnen, die zu einer beschleunigten Ablösung der Altschulden führen. Dabei ist eine Orientierung an der jeweiligen Leistungsfähigkeit wichtig.

In der Bodenpolitik haben wir die letzten Hemmnisse beim Flächenerwerb aus dem Weg geräumt und die Pachtzeiträume für BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft)-Flächen deutlich erhöht. Land- und Forstwirtschaft leisten einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaftskraft ländlich geprägter Räume in unserem Lande.

8. Der Osten – ein starkes Stück Deutschland

• *Demokratie und Freiheit*

Die Menschen in der DDR haben sich 1989 mit der friedlichen Revolution Demokratie

Antrag des Parteivorstandes

Antrag I (Beschluss des Parteitags)

Parteivorstand

Erneuerung und Zusammenhalt – Wir in Deutschland

Regierungsprogramm 2002–2006

Präambel	10
Politik muss nachhaltig sein	14
1. Deutschlands Rolle in Europa und der Welt	14
• Verantwortung übernehmen	14
• Eine gerechte Weltordnung	16
• Deutschland in Europa	17
• Unsere Bundeswehr	19
2. Wirtschaft und Beschäftigung	19
• Wohlstand sichern und steigern	20
• Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland	20
• Mittelstand stärken	21
• Wissen und Können aktivieren	21
• Qualität der Arbeit	22
3. Solide Finanzen und gerechte Steuern	22
• Steuerreform 2003 und 2005	22
• Steuergerechtigkeit und -ehrlichkeit	23
4. Arbeitsmarkt	23
• Die Weichen sind gestellt	24
• Die nächsten Schritte	24
• Reform der Bundesanstalt für Arbeit	25
5. Rechte der Arbeitnehmer	25
6. Bildung und Qualifizierung	26
• Von Anfang an	27
• Mehr Ganztagschulen	27
• Autonomie der Schulen	27
• Ausbildungschancen	28
• Mehr akademische Abschlüsse	28
• Wichtige Säule Weiterbildung	29
• Stiftung Bildungstest	29
7. Forschung, Innovation, Nachhaltigkeit	29
• Werkstätten der Zukunft	30
• Schlüsseltechnologien für die Märkte von morgen stärken	30
• Nachhaltige Energiepolitik	31
• Mobilität – integrierte Verkehrspolitik	31
• Gesunde Umwelt	32
• Moderne Landwirtschaft	33
8. Der Osten – ein starkes Stück Deutschland	33
• Demokratie und Freiheit	33
• Perspektiven für den Osten	34
• Innovationspotentiale nutzen	35
• Arbeit und Qualifikation	35
• Infrastruktur ausbauen	36
• Die Hälfte des Weges ist zurückgelegt	36
9. Lebensqualität in Städten und Gemeinden	37
• Kommunale Handlungsspielräume in Europa erhalten	37
• Gemeindefinanzreform	37
• Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe verzahnen	37
• Sozialhilfe reformieren – Hilfe zur Selbsthilfe stärken	37
• Familienfreundliche Städte schaffen	37
• Soziale Stadt	38
• Bezahlbarer Wohnraum für alle	38
10. Sport ist Spitze für alle	38
11. Familien im Zentrum	38
• Familienfreundliche Politik seit 1998	39
• Kinderbetreuung – dringlichste Aufgabe	39
• Arbeitswelt familienfreundlich gestalten	39
• Familienförderung entwickeln	40
• Gemeinsam für die Familie	40
12. Zusammenhalt fördern – Gewalt ächten	40



Außerordentlicher Parteitag der SPD in Berlin

02. Juni 2002

Beschlüsse – Außerordentlicher Parteitag Berlin 2002

Beschlüsse

